

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik od. sonstig irgend welcher Störung d. Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentlich — 55 Gold-Mark bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich — 50 Gold-Mark; durch die Post monatlich M 2 50 freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die jecksmal gepaltene Beitzelle (Moffe's Zeilenmesser 14) M — 20, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M — 15. Amtliche Zeile M — 60 und M — 45; Reklame M — 50 Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. — Briefkurs vom Zahlungstag. Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteins, Niedersteins, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Zuh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 118

Donnerstag, den 2. Oktober 1924

76. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Hundsteuer.

Die 3. Rate Hundsteuer 1924, die am 1. ds. Mts. fällig war, wird in den nächsten Tagen eingehoben. Soweit Einholung der Steuer nicht erfolgt, ist sie bis **spätestens 7. dieses Monats** an unsere Stadtsteuereinnahme abzuführen.
Vom 8. ds. Mts. treten die Verzugszuschläge in Kraft.
Pulsnitz Sa., am 2. Oktober 1924. **Der Stadtrat.**

Aufwertungssteuer (Mietzinssteuer).

Die Oktoberrate der Mietzinssteuer ist bis **5. Oktober ds. Js.** an unsere Stadtsteuereinnahme abzuführen. Die Schonfrist beträgt 7 Tage.
Nach dem 12. ds. Mts. erfolgt zwangsweise Einreibung, gleichzeitig tritt der **Verzugszuschlag** in Kraft.
Schriftliche Mahnung erfolgt nicht.
Pulsnitz Sa., am 2. Oktober 1924. **Der Stadtrat.**

Schleusen- und Straßenreinigungsgebühr.

Die auf die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 31. März 1925 zu entrichtende Schleusen- und Straßenreinigungsgebühr ist auf — 50 M für 100 M des Grundbetrags festgesetzt worden. Die sich hiernach berechnenden Beträge sind am 15. Oktober d. J. fällig.
Steuerbescheide hierüber werden den Hausbesitzern in den nächsten Tagen zugestellt.
Pulsnitz Sa., am 30. September 1924. **Der Stadtrat.**

Grundsteuer.

Die 3. Rate Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1924 ist **am 15. dieses Monats** fällig und wird mit **225 Gpf.** bei land- oder forstwirtschaftlichen und gärtnerischen und mit **150 Gpf.** bei allen übrigen Grundstücken für je 100 Mark des für den ersten Veranlagungszeitraum festgesetzten Grundstückwertes erhoben. Steuerbescheide werden nicht zugestellt. Das Mahnverfahren beginnt am 1. nächsten Mts. Die Verzugszuschläge treten bereits ab 23. ds. Mts. in Kraft.
Pulsnitz Sa., am 1. Oktober 1924. **Der Stadtrat.**

Bekanntmachung.

Die gesetzliche Miete beträgt vom 1. Oktober 1924 ab 40 v. H. der Friedensmiete in Goldmark ohne Einrechnung der sogenannten Mietzinssteuer. Davon entfallen 18 v. H. auf Grundmiete, Zinsendienst, Verwaltungsaufwand und andere Betriebskosten 22 v. H. auf die laufenden und großen Instandsetzungsarbeiten.
Die Mietzinssteuer beträgt wie bisher 27 v. H., sodaß der Mieter an den Vermieter 67 v. H. der Friedensmiete zu bezahlen hat.
Die gesetzliche Untermiete bleibt wie bisher.
Pulsnitz, den 2. Oktober 1924. **Rat der Stadt.**

Ankündigungen aller Art

im „Pulsnitzer Wochenblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste.

Die Marine-Kontrollkommission wurde auf Beschluß der Botschafterkonferenz aufgelöst.
Nach einer Meldung der „Süddeutschen Zeitung“ hat der Minister nach Rücksprache mit den Koalitionsparteien die Ausweisung Hitters aus Bayern für den Fall beschlossen, daß der Landesgerichtshof dem Einsprüche des Staatsanwalts gegen die Freilassung Hitters nicht stattgeben sollte.
Wie aus Mainz gemeldet wird, beträgt die Zahl der Ausgewiesenen in der französischen Zone — sowohl der Beamten als der Privatpersonen — die bis jetzt noch nicht zurückkehren durften, nur noch 55.
Einen Schnellseiltsirefod hat der deutsche „Cap Polonio“ auf der Strecke Vissalon — Rio de Janeiro erzielt mit 9 Tagen 17 Stunden. Durchschnittsgeschwindigkeit 18,13 Seemeilen.
Am Sonnabend wurde bei Scapa Flow verankerte deutsche Torpedobootzerstörer „G. 38“ gehoben. Damit ist von den 26 dort verankerten Kriegsschiffen das fünfte gehoben worden.
Die Balkanstaaten haben eine Konferenz abgehalten und beschlossen, eine gemeinsame Note an die Wiener Regierung zu richten, mit der Aufforderung, die angeblich in Wien sitzende bolschewistische Propagandazentrale für die Balkanstaaten aufzulösen.
Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat die Regierung von Ungarn eine beträchtliche Vermehrung der türkischen Flotte beschlossen.
Ein Kurierzug aus Moskau ist mit einem aus dem georgischen Aufsturzgebiet zurückkehrenden Militärzug in der Nähe von Sebastopol zusammengestoßen. 25 Soldaten wurden verwundet.
Die griechische Regierung ist an die englische Regierung herangetreten, einen Admiral zur Reorganisation der griechischen Flotte nach Athen zu entsenden. Die britische Regierung will diesem Wunsch stattgeben.
Nach dem Journal des Debats ist das Budget des Völkerbundes für das nächste Jahr über 22 Millionen Goldfranken angenommen worden.

Die Arbeit des Kanzlers.

Der Delegiertentag der Deutschnationalen hat für den linken Flügel der Partei sehr viel günstiger entwickelt, als auch der größte Optimist annehmen konnte. Die Opposition hat keine Wurzeln schlagen können, bei aller Kritik an der Vergangenheit war doch der Wille zum Zusammenbleiben und damit auch der Wille zur Übernahme der Regierungsverantwortung überwiegend. Die berufene Vertretung der Partei hat ihren Führern das Mandat gegeben, die Verhandlungen über den Eintritt in die Regierung aufzunehmen. Damit hat Herr Dr. Marz jetzt freies Feld; der Ball, der von der Deutschen Volkspartei geworfen wurde, ist von den Deutschnationalen aufgefangen und an Herrn Dr. Marz weitergegeben, der sich ja auch schon dem Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei gegenüber bereit erklärte, im Sinne der ihm überreichten Richtlinien zu handeln.

Da gleichzeitig allgemeine Übereinstimmung besteht, das bis zum Zusammentritt des Reichstags am 15. Oktober die parlamentarische Lage geklärt sein muß, bleiben Herrn Dr. Marz also noch zwei Wochen, um das bei allem Entgegenkommen immer noch schwierige Werk in Angriff zu nehmen.

Ob allerdings Herr Dr. Marz seine Aufgabe nun so anpacken wird, daß er sich an die Deutschnationalen wendet, ihnen ein Programm vorlegt und eine Reihe von Ministerien anbietet, ist zum mindesten zweifelhaft. Denn die Verlängerung der gegenwärtigen Regierungskoalition nach rechts ist ja auch innerhalb der Parteien der Arbeitsgemeinschaft nicht unbedenklich. Im Zentrum arbeitet der Wirth-Flügel fest in der entgegen gesetzten Richtung, auch bei den Demokraten ist diejenige Gruppe, die den Anschluß an die Sozialdemokraten nicht verlernen will, zahlenmäßig und dem Einfluß nach recht stark. Wir möchten deshalb fest glauben, daß Herr Dr. Marz zunächst den Gedanken der Volksgemeinschaft durchzuführen versuchen und sich gleichzeitig an die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten wenden wird. Die ideale Lösung bliebe ja auch eine Regierungsgemeinschaft, die von Hergt bis Scheidemann ginge, die sich nun einmal aber bei den gegebenen innerpolitischen Gegensätzen nicht zustande bringen läßt. Jemandem muß die Grenze gezogen werden, entweder links von den Demokraten oder rechts von der Deutschen Volkspartei. Immerhin, aber wenn der Kanzler sich an die Deutschnationalen und an die Sozialdemokraten wendet, wird er ihnen ein Programm über die Regierungsaufgaben des nächsten halben Jahres vorzulegen haben, das in der Hauptsache aufgebaut ist auf der wirtschaftlichen Durchführung des Londoner Abkommens. Das aber ist ohne Schutzwall und ohne starke soziale Eingriffe nicht zu machen. Rein sachlich also könnte schon, zumal nach den Erfahrungen des letzten Jahres, ein praktisches durchführbares Programm, das die Arbeitsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten bindet, schwer gefunden werden. Vermutlich wird Herr Dr. Marz mit den Sozialdemokraten daher nicht allzu weit kommen; aber auch dies negative Ergebnis nach links wird ihm seine Aufgabe nach rechts wesentlich erleichtern, weil es auf die unsicheren Kantonsisten des Zentrums und der Demokraten nicht ohne Bedeutung bleiben wird. Zeigt sich, daß mit den Sozialdemokraten nichts zu machen ist, dann wird Herr Dr. Wirth aus dem Zwang der Tatsachen heraus den Traum an eine Regierung Wirth-Breitfeld aufgeben und sich mindestens vorsichtig zurückhalten müssen, dann ist also

auch wahrscheinlich, daß das Zentrum als Ganzes sich mit den Deutschnationalen als Regierungspartei abfindet, zumal wenn dann auch die Bayerische Volkspartei durch Übernahme des Justizministeriums aktiv an der Regierung sich beteiligt. Dies enge Zusammenstehen zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei wird in Zentrumskreisen die Hoffnung auf das Wiedererstehen des großen deutschen Zentrums, also der Rückkehr der Bayerischen Volkspartei in das Zentrum, zu neuem Leben erwecken und vereinzelte Widerstände gegen die politische Richtung der künftigen Regierung überwinden helfen.

bleiben also schließlich die Demokraten, bei denen die Grundbeinstellung gegen das Zusammengehen mit den Deutschnationalen am festesten ist. Der wirtschaftlich industrielle Flügel der Fraktion wird sich allerdings nicht sperren, im Gegenteil, er wird zur Erfüllung seiner wirtschaftlichen Ziele gerne mit den Deutschnationalen zusammengehen. Dieser Flügel hat aber durch das Ausscheiden des Abgeordneten von Siemens einen schweren Verlust erlitten, wieweit er jetzt noch stark genug ist, sich durchzusetzen, bleibt zweifelhaft. Aber er wird naturgemäß an Einfluß gewinnen, wenn die Dinge so liegen, daß bei den Demokraten die Entscheidung liegt und sie vor der Wahl stehen, aus der Arbeitsgemeinschaft aufzuscheiden, um mit den Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen die Opposition zu bilden, oder ob sie bei der Stange bleiben und eine Regierung des Aufbaues bilden helfen wollen. Wir zweifeln nicht, daß sie, vor diese Frage gestellt, nachgeben werden. Freilich, soweit sich wir noch lange nicht. Denn man soll die Schwierigkeiten, die Dr. Marz auf diesem Wege vorfindet, nicht unterschätzen. Sie liegen nach der sachlichen wie nach der persönlichen Richtung, und es wird sehr viel guter Wille auf allen Seiten dazu gehören, um bis zum 15. Oktober ein Kabinett Marz-Hergt-Stresemann auf die Beine zu stellen.

Derliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Zubilläum.) Der Lederzurichter Herr Max Otto Born in Weißfisch-Pulsnitz (W.) feiert heute sein 25 jähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma J. G. Hauffe in Pulsnitz. Unverdroffenheit, Fleiß und Treue sind keine schätzbaren Eigenschaften. Die Firma zeichnete ihn unter Ueberreichung von Ehren-diplom und Geschenken mit herzlicher Ansprache aus. Möge dem verdienten Jubilare noch vieler Jahre Wohlergehen vergönnt sein.



Pulsnitz. (Film-Vortrag.) Morgen, Freitag findet, wie schon durch Inserat bekanntgegeben, im Saale des hiesigen Schützenhauses ein Filmvortrag: „Frankreich gegen Europa“ statt, auf den auch hierdurch noch besonders hingewiesen wird.

Pulsnitz. (Kartoffel-Diebstahl.) Gestohlen wurden in der Nacht vom 29.—30. September von einem auf dem hiesigen Hempelsberge gelegenen Kartoffelfelde circa 3 Zentner Kartoffeln. Für Namhaftmachung der Täter ist von dem Geschädigten 1 Zentner Kartoffeln als Belohnung ausgesetzt. Sachdienliche Angaben, welche zur Ermittlung der Täter führen können, werden von dem hiesigen Kriminal-Posten entgegen genommen.

— (Die Oktober-Miete.) Die gesetzliche Miete beträgt vom 1. Oktober 1924 an in allen sächsischen Gemeinden 40 v. H. der Friedensmiete in Goldmark ohne Einrechnung der Aufwertungssteuer (sogen. Mietzinssteuer.) Von der gesetzlichen Miete entfallen 18 v. v. H. auf Grundmiete, Zinsendienst, Verwaltungsaufwand und andere Betriebskosten, 22 v. H. auf die laufenden und großen Instandsetzungsarbeiten. Erfolgt die Zahlung der Miete in Papiermark, so ist der Umrechnung der am Tage vor der Zahlung amtliche festgestellte Berliner Dollarmittelkurs zugrunde zu legen.

— (Ueber eine Milliarde der neuen Münzen ist jetzt geprägt.) Bis Ende August betrug deren Zahl 985 887 573. Im August hatten 185 059 217 neue Stücke die Münze verlassen. Die zu 1 Milliarde fehlenden 15 Millionen sind inzwischen längst geprägt. Es dürften bis jetzt etwa 1053 Millionen oder 19 auf den Kopf fertiggestellt sein. Die Silbermünzen vermehrten sich im August um fast 25 auf 107 1/2 Millionen. Insbesondere gab es aber 22 1/2 Millionen neue Stücke zu 1 Mark. Von den Rentenfennigmünzen wurden am meisten zu 10 Pf. mit aber 49 1/2 Millionen geprägt, zu 5 Pf. aber 36 Millionen, zu 50 Pf. aber 11 1/2, zu 2 Pf. aber 9 1/2, zu 1 Pf. aber 3. Auch die Gesamprägung bis zu 5 Pf. mit 205 Millionen, zu 50 Pf. mit 194, zu 2 Pf. mit fast 119 und zu 1 Pf. mit 110 1/2 Millionen Stück. Im ganzen gibt es 878 1/2 Millionen Rentenfennigmünzen. Ihr Wert ist 135,8 Millionen Mark. Der gesamte Münzbestand einschließlich der Silbermünzen hat einen Kennwert von 310 Millionen.

— (Regenwetter und Polizeistunde.) Eine „erlösende“ Entscheidung hat das Reichsgericht getroffen im Widerspruch zu mehrfachen Urteilen anderer Gerichte. In einer Wirtschaft in Hannover waren nach Wälte anwesend als die Polizeistunde schlug. Der Wirt gebot Feierabend. Inzwischen hatte ein sehr heftiger Regen eingeleitet, der die Wälte veranlaßte, sich noch im Lokal zu verweilen, da sie keine Schirme hatten. Da erschien plötzlich ein Schutzmännchen auf der Bildfläche. Dieser erstattete Anzeige gegen den Wirt. Das Amts- und Landgericht verurteilte diesen, obwohl festgestellt, daß er nach der Polizeistunde nichts mehr verkauft hat, das Reichsgericht sprach ihn indessen frei, indem es als erwiesen betrachtet, daß lediglich der Regen der Grund des längeren Verweilens war. Ein solcher Grund könne aber nichts strafbares sein.

Ramenz. (Die Goldene Hochzeit) konnte Postmeister a. D. von Zehmen auf Weißig und seine Frau Gemahlin am Montag begehen.

Ramenz. (Beurlaubung.) Herr Schulrat Schneider ist vom 1.—18. Oktober durch Herrn Bezirkschulrat Krahl, Bauhen, vertreten.

Ramenz. (Mitglieder der Interalliierten Kontrollkommission) haben am Montag in Ausübung ihrer Kontrolltätigkeit auch dem Standort Ramenz einen Besuch abgestattet.

Ramenz. (Das 25jährige Orts-Jubiläum) feierte am 1. Oktober der Vorstand der Amtsstraßenmeisterei Ramenz Herr Straßenbau-Inspektor Alwin Anger. Nach vorausgegangener Wirksamkeit als Amtsstraßenmeister in Grimma wurde er am 1. Oktober 1899 in gleicher Eigenschaft nach Ramenz versetzt. Hier hat er in Ausübung seines bedeutungsvollen Amtes — ihm liegt nicht nur die Aufsicht über die Staatsstraßen, sondern auch die Begutachtung der Bauten auf Kommunikationswegen ob — eine sehr erfolgreiche und verdienstvolle Tätigkeit entfaltet. In hervorragender Weise hat er sich auch auf dem Gebiete des Ostbaues betätigt. Mit Genugtuung darf deshalb der Jubilar auf sein Lebenswerk zurückblicken. Zu seinem Ehrentage entbieten auch wir dem treuerwerbenden Beamten herzlichste Glückwünsche!

Königsbrück. (Aus Anlaß des 25jährigen Eisenbahnjubiläums der Strecke Königsbrück—Schwepnitz) verkehrten heute die Lokomotiven unserer Strecke mit reichem Schmuck versehen. Am Vormittag versammelte sich im Fremdenhof zum schwarzen Adler eine kleine Festgemeinde, um die Erinnerung an den für das wirtschaftliche und kulturelle Leben des vor 25 Jahren erschlossenen Landstriches bedeutungsvollen Tag zu begehen. Namens der Gemeinde Schwepnitz waren ebenfalls eine Anzahl Herren gekommen, an deren Spitze Herr Bürgermeister Winkler-Schwepnitz die herzlichen Grüße unserer Nachbargemeinde überbrachte und seine besten Wünsche für die wirtschaftliche Weiterentwicklung der beteiligten Gemeinden aussprach. Herr Bürgermeister Behrmann Königsbrück dankte für die freundlichen Wünsche und schloß mit der Hoffnung, daß auch der

Gemeinde Schwepnitz weiterhin Blühen, Wachsen und Gedeihen beschieden sein möge.

Politische Rundschau.

Berlin, 1. Oktober. (Berliner Pressestimmen zum Eintritt der Deutschnationalen.) Der „Tag“ erklärt: Sie ist ein Diktum für tot gesagt worden, die Deutschnationale Volkspartei. Der „Vorwärts“ zimmerte ihr vor zwei Tagen einen Sarg. Es geht ihr wie allen so oft Totgesagten: Sie lebt. — Das „Tageblatt“ schreibt: Schon heute kann man behaupten, daß die demokratische Partei für eine einseitige Erweiterung nach rechts nicht zu haben ist. — Der „Vorwärts“ schimpft: Macht doch lieber gleich die Dube zu und laßt das Volk entscheiden. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ enthält sich jeder Stellungnahme, berührt jedoch, daß der Deutschnationale Entschluß über die Regierungsumbildung mit einem Stimmenverhältnis von 10:1 angenommen wurde. Vorher war eine von der Opposition eingebrachte Entschließung mit etwa fünf Sechstel aller Stimmen abgelehnt worden. — Die „Börsezeitung“ meint: In außenpolitischer Hinsicht hat der Vertretertag der Deutschnationalen den Weg für eine nach rechts erweiterte Regierung freigemacht. Schwierigkeiten in der Regierungsumbildung könnten daher eigentlich nur noch von der Innenpolitik herkommen. Sie dürften aber nicht unüberwindbar sein, wenn sich die Deutschnationalen in der nun einmal eingeschlagenen realpolitischen Richtung weiterbewegen. — Die „Deutsche Tageszeitung“ hebt die Einigkeit der Deutschnationalen Volkspartei hervor, jedoch nur in der Überschrift ohne Kommentar.

Berlin, 1. Oktober. (Der Reichsanzler und die Regierungsumbildung.) Wie man in politischen Kreisen hört, dürfte der Reichsanzler bei den Beratungen mit den Regierungsparteien vermutlich bestimmte Richtlinien zur Sprache bringen, die er zur Beschleunigung der Verhandlungen mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten diesen Verhandlungen zugrunde legen will. Die Tatsache, daß der Anzler seine Absicht, bereits heute mit den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei zu verhandeln, wieder aufgegeben hat, entspricht nicht ganz der offiziellen Erklärung, die vom Reichsanzler amtlich nach Uebersetzung der Entschließung der Deutschen Volkspartei verbreitet wurde. Zum mindesten scheint es so, daß der Reichsanzler wieder dem Drängen der linksstehenden Kreise, des Zentrums und der Demokraten, nachgegeben hat, indem er zunächst mit den Koalitionsparteien verhandelte. Daß die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie irgendwelche Erfolge haben könnten, kann man wohl als ausgeschlossen annehmen. Nach der Entschließung der Deutschen Volkspartei ist es unmöglich, daß eine linkskoalition eine Mehrheit findet. Ebenso scheint es aber auch nach der sozialdemokratischen Presse unmöglich zu sein, daß sich die Sozialdemokratie für eine Regierung von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie erwärmen sollte. Die Verhandlungen mit den Regierungsparteien dienen anscheinend dem Zweck, die etwas verworrenen Absichten des Zentrums zunächst klar zu lassen. In politischen Kreisen spricht man davon, daß der Anzler nicht geneigt sei, eine sogenannte bürgerliche Regierung zu bilden, wenn die Demokraten ihren Rücktritt aus der Regierung antreten sollten. Die Verhandlungen werden noch die nächsten Tage in Anspruch nehmen. Man rechnet jedoch damit, daß im Laufe der nächsten Woche die Fraktionen in Berlin sich versammeln und zu etwaigen Ergebnissen Stellung nehmen können.

— (Die gestrichelte deutsche Anleihe.) Gavas meldet übereinstimmend mit Reuters, daß die Verhandlungen über die 800 Millionen-Anleihe mit Dr. Schacht in London sich günstig entwickeln. Der amerikanische Anteil an der Anleihe werde 100 Millionen Dollar betragen, der englische Anteil 10—15 Millionen Pfund Sterling. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther wird zum Abschluß der Besprechungen erwartet. Die Anleihe dürfte wahrscheinlich Mitte Oktober aufgelegt werden. Die amerikanischen Stücke werden in Dollar und die englisch-europäischen Anteile in Pfund Sterling ausgegeben.

England.

London, 1. Oktober. (Die Aufnahme des deutschen Memorandum's in England.) Das Memorandum der deutschen Regierung in der Völkerbundfrage hat in London keinen guten Eindruck gemacht. Es muß daran erinnert werden, daß die englische Presse schon vor seiner Abendung vor einem solchen Schritt gewarnt hat. Es ist weniger der Inhalt der Note als das Verfahren, das Anstoß und Bedenken erregt. Ein so völkereundliches Blatt wie der „Manchester Guardian“ sagt u. a. an letzter Stelle: Hätte Deutschland seinen Antrag direkt eingebracht, so wären nur wenige Fragen zu stellen und zu beantworten gewesen. Nun hat Deutschland die Fragen selbst gestellt. Daß Deutschland angesichts des Eintritts besondere Bedenken hat, wäre verständlich, denn Deutschland würde sich gegen einen Angriff nicht verteidigen. Seine Bedenken vor der Zulassung vorzubringen, sei an und für sich sehr richtig, aber es wäre besser gewesen, die deutschen Bedenken und Vorbehalte vor der Völkereunderversammlung in Genf vorzubringen, als sie geheimnisvoll und diplomatisch mit gewissen Regierungen zu erörtern. — Aus diesen Aus-

führungen des bekannt sehr gut unterrichteten Blattes geht mittelbar hervor, daß England in die Rolle des Vermittlers gedrängt zu werden fürchtet. Die Erfahrungen bei der Londoner Konferenz haben gezeigt, daß es dann wider Willen genötigt sein würde, den französischen Standpunkt wenn auch nicht zu unterstützen, so ihm doch in höherem Grade als sonst Rechnung zu tragen, um sich nicht dem Vorwurf der Deutschfeindlichkeit aussetzen zu lassen.

Rußland.

Kowno, 2. Oktober. (Schleiferet auf das deutsche Botschaftsgebäude in Kowno.) In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurden auf die Villa des deutschen Gesandten in Kowno von unbekanntem Täter einige Revolvergeschosse abgegeben. Schon vor drei Tagen fand vor dem gleichen Gebäude, das auf dem Myantberg liegt, eine Schleiferet statt, bei der einige Augen durch die Fenster des Gebäudes gingen. In dem Stadtviertel Komelitten hört man Abend für Abend starke Schleifereten. Es handelt sich bei diesen Missetaten wahrscheinlich um Mitglieder der nationalistischen litauischen Schützenvereine, da andere Personen in Litauen keine Waffen besitzen dürfen.

Beginn der deutsch-französischen Verhandlungen.

Paris, 1. Okt. Heute nachmittag 3 Uhr ist hier die angekündigte Wirtschaftskonferenz unter dem Vorsitz Herriot eröffnet worden. Die deutsche Delegation, an deren Spitze Staatssekretär von Treubenberg steht, wurde von dem deutschen Botschafter von Hüsch dem französischen Handelsminister und den französischen Delegierten vorgestellt. Nach den Ausführungen des Führers der deutschen Delegation folgte eine Begrüßung des Ministerpräsidenten Herriot, in der dieser ausführte: Die Besprechungen, deren Ergebnis für die Zukunft der beiden Länder bedeutsam zu nennen ist, sind als ein Erfolg der Bemühungen aufzufassen, die erst jüngst in London zum Abschluß gebracht worden sind. Diese Regelung kann nur nach einer offenen Aussprache erzielt werden und nichts wird ihre Ausführung verhindern. Weiter sagte Herriot: Die Handelsbeziehungen in einer Weise wieder herzustellen, die es erlaubt, das Leben hüben und drüben zu erleichtern, ist die ehrenvolle Aufgabe, die uns zufällt. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß auf Seiten der französischen Unterhändler die größte Aufrichtigkeit und der Wille herrschen wird, die Schwierigkeiten zu lösen. Wir werden ein neues Kapitel des Friedens zu schreiben suchen. Ein Handelsvertrag, der unter den gegebenen Umständen ausgearbeitet werden soll, wird nicht mehr ein reiner Interessentakt sein. Er wird ein Zeichen der Wiederannäherung und der Zivilisation sein. Zum Schluß gab Herriot der Erwartung Ausdruck, daß die Besprechungen zu einem erfolgreichen Ergebnis führen möchten. In seiner Antwort bedankte sich der deutsche Botschafter für die Begrüßungsworte und fuhr dann fort: Ich kann versichern, daß es der aufrichtige Wunsch der deutschen Regierung ist, die heute beginnenden Wirtschaftsverhandlungen wachsend zu einem Ergebnis führen, das für beide Länder annehmbar ist. Die französische Regierung darf überzeugt sein, daß die Verhandlungen deutscherseits mit dem festen Wunsch und der Absicht, zu einem Ergebnis zu kommen, geführt werden. Die heutige Eröffnungssitzung bedeutet, nachdem durch die Londoner Konferenz der Anfang gemacht worden ist, den Beginn einer weiteren Etappe auf dem Wege zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden Staaten. In London ist das Ziel verfolgt worden, das Reparationsproblem aus der Sphäre der Politik herauszugeben und auf das Gebiet der Wirtschaft und der Finanzen, das heißt, auf das Gebiet der praktischen Interessen zu verpflanzen. Die Verhandlungen, die heute beginnen, haben das gleiche Gebiet zum Gegenstand. Geltingt es, zu einem Ergebnis zu kommen, so wird damit ein wichtiger Schritt zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen sowie der Regelung der gesamten Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zurückgelegt sein.

Aus aller Welt.

Mainz, 1. Oktober. (Die Mainzer Eisenbahnkatastrophe.) Von hiesiger zuständiger Stelle erfährt die T.M.: Der um 12,14 Uhr von Mainz-Westbahnhof nach Mainz-Süd in Richtung Worms-Walbenburg abgegangene D-Zug blieb in dem zwischen Mainz-Hauptbahnhof und Mainz-Süd unmittelbar vor Mainz-Hauptbahnhof gelegenen Tunnel infolge Achsenbruchs liegen. Der um 12,18 Uhr in gleicher Richtung abfahrende Personenzug wurde aber trotz des Verkehrshindernisses abgefahren. Der Grund des Versehens war noch nicht festzustellen. Man spricht von Blockierungen. Der Personenzug fuhr auf den D-Zug auf. Außer drei Wagen des im Tunnel befindlichen Zuges sind auch die ersten Wagen des Personenzuges und die Lokomotive desselben schwer beschädigt worden. Die genaue Zahl der Toten und Verwundeten konnte bis jetzt noch nicht sicher festgestellt werden. Insgesamt werden 14 Tote und 14 Verwundete zu beklagen sein. Einem Manne mußten beide Beine abgenommen werden. Die Rettungsarbeiten sind äußerst schwierig, da die Gasbehälter der Wagen geplatzt sind und der Tunnel mit Rauch und Feuer erfüllt ist. Die meisten der Berunglückten sind kaum erkennlich. Eine genauere Darstellung war sehr schwer zu erlangen, da die Regie anscheinend mit Nachrichten zurückhält. Die Aufräumungsarbeiten sind im vollen Gange. Die französischen Militärbehörden haben von

Selben Seiten in dem Tunnel Scheinwerfer anbringen lassen.

Neueste Meldungen.

Zur Ruhräumung.
Düsseldorf, 2. Oktober. General Degoutte will seit gestern mit einem Sondervertreter der Pariser Regierung hier. Der Besuch gilt der Räumung der Ruhr. Der Pariser Vertreter wird auch Essen und Dortmund aufsuchen. General Degoutte erstreckt gestern eine Verordnung (Nr. 133), in der er die bisherigen Einschränkungen der deutschen Verkehrswege aufhob.

Nacharbeit in Genf.
Genf, 2. Oktober. In der Nachtzeit ergriff der Bevollmächtigte Okamoto als Führer der japanischen Delegation das Wort und gab die Erklärung ab, daß das Protokoll von seiner Regierung unterzeichnet werde. Die Vertreter Norwegens und Serbiens haben dieselben Erklärungen abgegeben.

Die Völkerbundstagung.

Völkerbund und Militärkontrolle in Deutschland.
Genf, 1. Oktober. Die Tribune Geneve meint, daß große Schwierigkeiten eintreten würden, sobald Deutschland einen Sitz im Völkerbundsrat habe. Man werde den deutschen Vertreter im Völkerbundsrat nicht bitten können, bei den Beratungen über die Militärkontrolle in Deutschland, den Sitzungsraum zu verlassen und auf dem Korridor eine Zigarette zu rauchen, während die übrigen Mitglieder über die Militärkontrolle beschließen.

Die Einigung in Genf.
Genf, 1. Oktober. Gestern nachmittag ist nach langen Beratungen eine Einigung über das Genfer Protokoll erreicht worden, wobei die japanische These gestiftet hat. Die Artikel 5 und 6 des bisherigen Protokolls haben einige Zusätze erfahren. Nach Artikel 5 ist die Vermittlungstätigkeit des Rates ausgeschlossen, wenn eine Partei behauptet und vom internationalen Gerichtshof festgestellt wird, daß der Streit sich auf eine Frage bezieht, die noch dem Völkerrecht ausschließung im Bereich der einen Partei liegt. Hierzu wird der Zusatz gemacht: Wenn der genannte Gerichtshof oder auch der Rat festgestellt hat, daß dieser Fall vorliegt, darf weder der Rat noch die Versammlung behindert werden, sich mit der Angelegenheit zu befassen, wie das Artikel 11 des Vertrages vorsteht. Der Artikel 6 handelt von der Feststellung des Angreifers, der die Feindseligkeit begonnen hat. In diesem Artikel befindet sich eine ähnliche Bestimmung wie im ersten Artikel über die alleinige Zuständigkeit. Auch hier wird der entsprechende Zusatz gemacht, daß als Angreifer nur derjenige zu rechnen sei, der die Streitfrage nicht dem Rate oder der Vollversammlung vorher unterbreitet hat. Die Zusatzanträge wurden von der Kommission einstimmig angenommen, doch gab es Delegierte, die eine andere Lösung vorgezogen hätten. Sirz Huis, der englische Delegierte und der Brasilianer Fernandes betonten nachdrücklich, daß dem Rate und der Vollversammlung keine neuen Befugnisse erteilt und die Souveränität der Staaten nicht im geringsten angetastet werden dürfe. Der Führer der japanischen Delegation brückte seine hohe Befriedigung über die

Einigung aus. Er habe leider die Zustimmung seiner Regierung zu der Einigungsformel noch nicht einholen können. Loucheur sprach das Schlusswort, indem er den einzelnen Beteiligten für ihre mühevollen Mitarbeit dankte.

Die Debatte über das Genfer Protokoll. — Reden Briands, Lord Parmoors. — Das Hohe Lied vom Frieden.

Genf, 1. Oktbr. Als Kommissionsberichtersteller sprach nach dem Griechischen Politis der tschechische Außenminister Dr. Benesch, der das im Protokoll enthaltene System, soweit es sich auf die Sicherungen und Sanktionen bezieht, behandelte. Zum Schluss richtete er an die beteiligten Regierungen das Ersuchen, das Protokoll zu unterschreiben. Die Nachmittagsdebatte wurde durch den Holländer Van den Broek eröffnet. Dann kam die mit großer Spannung erwartete Rede Briands, des französischen Delegierten. Er brückte die Bereitwilligkeit der französischen Regierung aus, das Protokoll ohne alle Vorbehalte zu unterschreiben. Briand sagte weiter: Die Arbeiten der 5. Völkerbundsversammlung wurden überall mit Skepsis und Zweifel aufgenommen. Ich auch gehöre selbst zu denjenigen, die nicht an einen Erfolg glaubten. Inzwischen entwickelten sich aber die mühevollen Arbeiten der Kommissionen. In kurzer Zeit wurden die schwierigen Aufgaben bewältigt und so heikle Probleme, wie das der Definition des Angreifers, einstimmig gelöst. Welchen Erfolg hat der Völkerbund nicht zu verzeichnen? Der einfache Mann auf der Straße hat gehofft und geglaubt, daß wir das Friedenswerk vollbringen werden und es ist uns gelungen. 54 Staaten werden es einstimmig annehmen und die Begeisterung für unser Werk wird keine Grenzen kennen. Wir haben dem Krieg kein Ende erklärt. Wer hätte noch vor wenigen Jahren während des schweren Weltkrieges die Vollbringung dieses Werkes für möglich gehalten? Der neue Krieg würde den letzten noch weit übertreffen. Aber Frankreich und sein Volk wollen den Frieden. Frankreich wird seiner großen Vergangenheit treu bleiben. Frankreich war nur ein Soldat, der sich verteidigt hat. Soweit Frankreich seine Rüstungen beschränken kann, wird es dies tun. Wenn genug Sicherheit garantiert ist, wird es seine Heresbestände um 50 v. H. vermindern. Das Protokoll, das uns hier vorliegt, bildet ein fast unüberwindliches Hindernis für einen neuen Krieg. Welches Volk sehnt sich heute nach einem neuen Krieg, der nur Besiegte kennt? Frankreich ist patriotisch eingestellt und es behauptet, daß es kein Problem gibt, das sich nicht auf Friedenswege lösen läßt. Es gibt noch eine Menge von Kriegsurteilen. Der Völkerbund macht keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Staaten. Hier reichen sich alle gleichberechtigt die Hand. Es ist der schönste Augenblick im Leben Briands, daß er von dieser Tribune die Zustimmung seiner Regierung zu dem großen Genfer Friedenswerk aussprechen könne. Nach Schluss seiner Rede war Briand Gegenstand lebhafter Ovationen. Der nächste Redner ist Lord Parmoor. Der Präsident verkündet, daß sich noch 14 Redner zum Wort gemeldet haben. Lord Parmoor betrat die Rednertribüne

und erklärte: Die englische Delegation habe die Annahme des Protokolls ihrer Regierung empfohlen. Das neue im Protokoll vorgesehene Verfahren zeige den Weg zu einer wirklichen internationalen Recht. Die Frage der Sanktionen hätte viel Anlaß zur Kritik gegeben. Doch wären die Sanktionen notwendig, um den Krieg unmöglich zu machen. Weber die Vollversammlung, noch der Rat dürften sich in die inneren Angelegenheiten eines Staates einmischen. Auch dürfe der Rat kein Kriegsrat sein. Die Unterstützung der durch den Krieg bedrohten Staaten soll nur die Form eines Krieges gegen den Angreifer einnehmen. Der Rat hat in diesem Falle festzustellen, ob eine solche Regelung wünschenswert sei. Jeder Staat bestimme seine Hilfeleistung selbst. Es wäre daher eine irrümliche Auffassung, wenn man glaube, England hätte dem Völkerbundsrat seine Flotte zur Verfügung gestellt, sobald der Rat ihr Befehle erteilen könne. Wenn in Zukunft Kriege verhütet werden sollen, so ist die Abrüstung notwendig, die ihrerseits wiederum mit dem Schiedsgerichts- und Abrüstungsproblem eng verbunden ist. Für Italien sprach Sialoja und meinte, die italienische Delegation wäre bereit, das Protokoll zur Annahme zu empfehlen. Auch der Vertreter Spaniens De Leon erklärte in Fortsetzung der Völkerbundsdebatte die Zustimmung seiner Delegation, die der spanischen Regierung die Annahme des Protokolls empfehlen würde. Der Belgier Symons sagte, seine Delegation nehme das Protokoll an, das die Gewalt dem Rechte unterordne. Auch die Großmächte hätten auf die Gewaltanwendung verzichtet. Wird aber das Genfer Protokoll für alle großen politischen Interessen eine Lösung bringen können? Wir hoffen es, denn die Angreifer werden sich wohl den Sanktionen fügen müssen. Die Rüstungsfrage wird aber noch weit schwieriger zu lösen sein, als die Schiedsgerichts- und Sicherheitsfrage. Wichtig sei die Errichtung einer entmilitarisierten Zone. Zum Schluss erklärte auch der Finnländer Enckelle die Bereitschaft seiner Delegation zur Annahme des Protokolls.

Kirchen-Nachrichten.

Pulsnitz.
Freitag, den 3. Oktober, abends 8 Uhr, Bibelstunde des Jünglingsvereins. — 16. Sonntag n. Trin., 5. Oktober, 1/9 Uhr Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pf. Ehrler. 1/11 Uhr Kindergottesdienst (Jah. 3, 5-10). 2 Uhr Taufen. 8 Uhr abds. Jünglingsverein. — Dienstag, den 7. Oktober, abds. 8 Uhr Bibelstunde im Konfirmandenzimmer (Lut. 11, 5-13). 8 Uhr Bibelstunde des Jünglingsvereins. — Mittwoch, den 8. Oktober, 8 Uhr Jungfrauenverein. — Donnerstag, den 9. Oktober, 8 Uhr Bibelstunde in Friedersdorf.

Freitag, den 10. Oktober, Posaunenmission des Pfarrers Müller: Dresden:
Nachm. 5 Uhr Blasen vom Turm, 1/8 " Versammlung in der Kirche.

Dhorm.
Freitag, den 3. Oktober, abds. 8 Uhr Jungfrauenverein in der Schule. — Sonntag, den 5. Oktober, nachm. 2 Uhr Taufen und Kindergottesdienst. — Donnerstag, den 9. Oktober, nachm. 4 Uhr Altenvereinigung „Dobrod“ bei Herrn Gutsbesitzer Pfiffsp. Abends 8 Uhr Bibelstunde in der Schule. — Freitag, den 10. Oktober, Jungfrauenverein besucht die Posaunen-Mission in Pulsnitz.

Rahma
Margarine
buttergleich
Immer frisch. Überall erhältlich.
Preis pro 1/2 lb nur 50 Pfg.
Man verlange beim Einkauf von Rahma-buttergleich gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco“.

Damen Schneider-Zwangsimmung
Die Quartals-Versammlung findet umfänglich halber erst am 20. Oktober djs. Jhrs. in Ramenz, Hotel zum Stern, nachmittags 1/3 Uhr statt. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen ist Pflicht. Der Obermeister.
Eine trag. Oldenburger Stute
mittelfark, dunkelbraun, 6 jährig, zu verkaufen eventuell gegen einen gleichwertigen Wallach zu tauschen.
Granitwert J. M. Lehmann, Laupniz bei Königsbrück.

Oft nachgemacht.
doch nie erreicht.
am besten frisch erkannt man's leicht!
Erdal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder
Alleinhersteller: Werner & Mertz A.G. Mainz.

Auktion!
Sonntag, den 4. Oktober, nachmittags 1 Uhr, sollen im Forsthaus Buchsberg folgende Pachtlaufgabe folgende Gegenstände freihändig gegen sofortige Barzahlung meistbietend versteigert werden:
1 Pferd, 2 Kühe, 2 Ferkel, 1 Kutschwagen, 1 Karer Wirtschaftswagen, 2 Kastenwagen, 1 Getreide-Reinigungsmaschine, 1 Häckselmaschine, 1 Dreschmaschine, sowie sämtliches Ackergerät und 30 Zeilen Kartoffeln; aus der Gastwirtschaft: Tische, Stühle, Gläser, Tassen.
Max Preischer, Weißer.

Bestellungen auf Kartoffeln und Tafelobst
nimmt entgegen
Rittergutsverwaltung Reichenbach bei Königsbrück.

Günstiges Angebot!
Knopf-Fabrik
Spezialität: Feine Lederknöpfe für Konfektion und Schuhe, Lederbügel, Schuhschleifen, riemen. Gute Beziehungen zum In- und Auslande, 200 qm große Kellerräume und Arbeitsräume, Kraftanschluss, Maschinen, Kontoreinrichtung mit Telefon sowie genügend Rohmaterial vorhanden, wegen Überlastung des jetzigen Inhabers **billig zu verkaufen**
Best. Anfragen an Friedrich Weller, Dresden-N., Plauenischer Ring 39, Telefon 41 708.

Tüchtige gewandte Stenotypistin
zum sofortigen Antritt von Großbüchsen- und Bandfabrik gesucht. Buchführungskenntnisse erwünscht. Zu erfragen in der Wochenblatt-Geschäftsstelle.

Erlen-Schwarten
ziemlich trocken, Raummeter Mh. 9.—
gibt laufend ab
Pulsnitzer Holzindustrie, G. m. b. H.

Handdrucker
unter günstigen Bedingungen gesucht.
Offerten mit Gehaltsansprüchen unter D. H. 536 an Rudolf Mosse, Dresden
Buch = Roman!
„Ein Blatt im Winde“, Heft 1 bis Schluss
„Geknechteter Wille“, Heft 1, 2, 3
eingetroffen.
Wir bitten die Leser um baldige Abholung.
Die Geschäftsstelle.

Anlässlich des 25 jähr. Jubiläums
 haben uns Stadtbehörde, Einwohnerschaft, hiesige und auswärtige Vereine, Korporationen und Gemeinden, sowie Schwesterkolonnen hohe Ehrungen, hochherzige Spenden und weitgehendste Unterstützungen zuteil werden lassen
Allen sprechen wir herzlichsten Dank aus
 und versichern weiterhin uneigennützig, treue Hilfsbereitschaft unter dem Wahlspruch: **Allezeit — treu bereit!**
Freiw. Sanitäts-Kolonnen
 Kolonnenführer Frenzel Vorsitzender u. Kol.-Arzt Dr. med. Schöne

Deutscher Abend
 Sonntag, den 5. Okt. 1924.

Nachmittags 3 Uhr Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal;
 4 • Festgottesdienst mit Bannerweihe in der Kirche zu Lichtenberg;
 abends pünktl. 7³⁰ • Deutscher Abend. Konzert der Schäferschen Kapelle Großhildersdorf.
 Wir laden alle deutschen Frauen und Männer herzlich dazu ein.
Jungdeutscher Orden
 Gefolgschaft Lichtenberg

Damen- und Kinder-Hüte
 in moderner, geschmackvoller Ausführung empfiehlt in großer Auswahl sehr preiswert
Hermann Grundmann

NB. Anfertigung nach Angabe oder besonderen Wünschen in kürzester Zeit.
 Umprezhüte finden fachgemäße und schnellste Erledigung.

Sonnabend, den 4. Oktober:
Tanzkränzchen
 mit Ueberraschung. — „Goldne Aehre“, Friedersdorf. Abmarsch 7³⁰ Uhr v. Stammlokal. D. B.

Turn-Verein Pulsnitz M. G.
 Sonnabend, den 4. Oktober 1924:
Haupt-Versammlung
 in Menzels Gasthof, 7³⁰ Uhr. Der Turnrat.

Radf.-Klub „Phönix“
 Freitag, 3. 10. abends 7³⁰ Uhr: **Versammlung im „Kronprinz“**

Arbeit
 auf Hausbandstühle gibt aus
 Friedr. Joseph Kammer
 Ohorn.

Am 29. September verschied plötzlich infolge Herzschlages in Elberfeld, wo er zu Besuch weilte, unser lieber, treuer Vater, Schwiegervater und Großvater
Ludwig Friedrich Iske
 im 77. Lebensjahre.
 Sein Wunsch, noch einmal die Heimat zu sehen, ging ihm in Erfüllung.
 Schmerzbewegt geben dies bekannt
die trauernden Hinterbliebenen.
 Pulsnitz, den 2. Oktober 1924.
 Nach erfolgter Ueberführung findet die Beerdigung Montag, 6. Oktober 1924, 1/4 Uhr nachmittags von der Friedhofskapelle aus statt.
 Frdl. zuge dachte Kranzspenden ins Haus Bauerndorf erbeten.

Sprechapparate und Schallplatten
 Streich-, Zupf-, Schlag- und Blasinstrumente mit sämtl. Zubehör
 Bestandteile, Saiten aller Art Musikalien, Schulen, Alben Große Auswahl! Reparaturen prompt!
R. Berndt, Schießstr. 227
Bestellungen
 — auf —
Herbst-Kartoffeln
 nimmt entgegen
M. G. Schöne
 Zweigstelle Pulsnitz
 Telefon 68.

Man nehme
 zur Wäsche nie Seife allein, das Waschen würde zu teuer sein.
 Man nehme
Henko
 als Zusatzmittel — die Kosten verringern sich um ein Drittel!
Henko
 Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Grundstück oder leere Räume
 zu pachten oder zu kaufen gesucht.
 Angebote unter K 1 an die Wochenblatt-Geschäftsstelle.

Tüchtiger Schneidergehilfe,
 der mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut ist und selbständig arbeiten kann, kann sofort in Arbeit treten bei
 Schneidermstr. A. Semmler, Niedersteina.

Starke Singer Nähmaschine
 (wie neu) spottbillig zu verk.
 A. Pausler, Großhildersdorf.

Ein Läufer-Schwein
 zu verkaufen.
Ohorn 154.

Ein Kartoffelansgraber
 (wenig gebraucht), System „Stoll“, zu verkaufen.
Ohorn 183 c.

Der Massenmord in Hannover!
 Eine sachliche Darstellung des furchtbarsten Mordes des Jahrhunderts. Sein Lebenslauf, die Befragung, die Opfer des Haarmann, der Polizeipräsident zum Fall Haarmann u. s. w.
 Die obige Broschüre ist gegen Entsendung von 50 Pfennig oder gegen Nachnahme unter Bezugnahme auf das Inserat in dieser Zeitung, direkt zu beziehen von
HABUVA
 Geschäftsbücher-Fabrik und Buchdruckerei
 Dörschel & v. Witzleben
 Hannover, Gerberstr. 4

Hôtel Schützenhaus.
 Sonntag, zum Jahrmarkt von nachm. 5 Uhr
 Montag von nachm. 6 Uhr
feiner BALL.
 Eintritt 25 Pfg.
 Es ladet freundlichst ein **Alwin Höntsch.**

Gasthof Pulsnitz M. S.
 Freitag 3. Oktober 1924:
Großes Schlachtfest
 in bekannter Weise.
 Feine Unterhaltungsmusik!
 Ausschank: ff. deutsches Pilsner und ff. Kapuziner-Bräu.
 Empfehlen: ff. Schweinefleisch und ff. hauschlacht. Wurst.

Zum Jahrmarkt
 bringen wir unsere
freundl. Schankstätten
 zur freundl. Einker in Erinnerung.
 Sonntag von 4 Uhr und Montag von 6 Uhr an

feiner öffentl. Ball!
 Es laden freundlichst ein **Hermann Menzel u Frau.**

Gasthof goldne Krone, Obersteina.
 Sonntag, den 5. Oktober:
 — Große —
Sportliche Vorführungen
 des Radfahrer-Vereins „Ueber Berg u. Tal“, Ohorn.
 Anfang 8 Uhr.
 Von 7 Uhr ab **starkbesetzte Ballmusik!**
 Eintritt außer Tanzsteuer frei!
 Ergebenst ladet ein **Paul Graf.**

G. D. A.
 Morgen, Freitag, 8 Uhr Monatsversammlung im Herrnhaus.
 Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. D. V.

Dr. med. Haufe
 zurückgekehrt

Mit Gegenwärtigem gestatte ich mir der geehrten Bewohnerschaft von Pulsnitz und Umgegend mitzuteilen, daß ich, nachdem die Firma **Sperling & Schulz** aufgelöst ist, das Geschäft in der gleichen Weise und mit denselben Artikeln in meinem alten Geschäftslokal — Bischofswerdaer Straße — weiterführe. — Insbesondere empfehle ich eine **erstklassige Margarine.**
 Ich danke für das bisher bewiesene Wohlwollen und bitte auch ferner um gütige Unterstützung.
 Hochachtungsvoll
Hermann Sperling.
 Vertreter der Firma **Joh. Gottl. Haftmann Pirna.** Spez. Haftmanns Magenbitter.



Pulsnitzer Wochenblatt

Donnerstag, 2. Oktober 1924

Beilage zu Nr. 118

76. Jahrgang

Soziale Aufwertung.

An der Berliner Börse hat es in den letzten Tagen einen Riesenschub gegeben: die Kriegsanleihe, seit Wochen das beliebteste Objekt der Spekulation, war auf einen Kurs heraufgetrieben worden, der mit ihrem realen Wert in keinerlei Einklang stand, weil allerlei Gerüchte umliefen, daß der Ausschuß des Reichstages beabsichtige, in irgendeiner Form eine Aufwertung der öffentlichen Anleihen vorzunehmen. Jeder vernünftige Mensch mußte sich von vornherein sagen, daß das Wahnsinn sei. Die Milliardenschulden, die das Reich aus dem Kriege nach Hause gebracht hat, lassen sich überhaupt nicht generell vergrößern, selbst der Zinsfuß von einem halben Prozent würde schon Hunderte von Goldmillionen verschlingen, die wir einfach nicht haben. Es hilft deshalb nichts, wer Staatspapiere gekauft hat im Vertrauen auf die Solvenz des Staates, ist nun einmal betrogen worden. Je rascher man sich darüber klar wurde, desto nützlicher war es. Deshalb war die dritte Steuernotverordnung trotz aller Brutalitäten auf dem richtigen Wege; sie annullierte die Anleihe nicht, sie setzte aber vorläufig die Verzinsung aus, sodaß sich die Besitzer allmählich damit abfinden konnten, daß sie nur noch ein Stück Papier in der Hand hatten. Welche Härte, welche Ungerechtigkeiten, welcher Irrsinn gerade vom Standpunkt der Staatserhaltung aus darin liegt, darüber braucht kein Wort verloren zu werden, ein Volk, das den Krieg so verloren hat, wie das deutsche, kommt ohne Grausamkeiten aus dieser furchtbaren Lage nicht heraus, da müssen Opfer gebracht werden, ohne Rücksicht darauf, daß gelegentlich gerade die Schwächsten diese Opfer zu tragen haben.

Niemand wird es den Betroffenen verdenken können, wenn sie um ihr Recht kämpfen. Und da war es ein Unglück, daß mitten in diese Bewegung hinein der Reichstagswahlkampf einsetzte, wo die Parteien nun auf den Stimmenfang gingen, indem sie die Hoffnung der Wähler von Staatspapieren von neuem erweckten, obwohl sie wissen mußten, daß so gut wie nichts zu retten war. Die Folge davon ist gewesen, daß tatsächlich die Leute wieder Mut schöpften, daß vor allem die Börse hier ein großes Geschäft witterte und die Staatspapiere in wenigen Monaten auf das zehn- bis zwanzigfache ihres Kurzes herauftrieb. Alle Warnungen der Regierung halfen nichts, die Verprechungen der Parteien wurden nur zu gern geglaubt. Jetzt kommt der Regenhammer. Der Ausschluß des Reichstages muß einsehen, daß so gut wie nichts zu machen ist, aber er verhängt sich vorläufig hinter dem Finanzminister, der wenigstens zu einer Art sozialen Aufwertung bereit ist, indem er den Armen und Bedürftigen, soweit sie noch im Besitze ihrer Staatspapiere sind, eine Rente zahlen will, die einer zweiprozentigen Verzinsung gleichkommt. Das ist natürlich nur ein Almosen, aber der Gedanke des Finanzministers, daß nur diejenigen Anspruch auf Entschädigung haben, die wirklich Ersterwerbber der Anleihen sind, nicht dagegen die große Schaar der Spekulanten, die erst vor wenigen Wochen die wertlosen Papiere gekauft haben, ist richtig. Es wird vielleicht gelingen, den Kreis der sozialen Aufwertung noch etwas zu erweitern und die Mittel zu erhöhen, die der Finanzminister aus Inkassosteueren bereitstellen will, aber viel wird hier ebenso wenig zu machen sein, wie bei der Aufwertung der Hypotheken, und ungerecht werden wird es zu Tausenden in jedem Falle geben. Deshalb ist es notwendig, daß endlich einmal dieses traurige Kapitel abgeschlossen wird.

Landeselterntag in Niesa.

Fest-Vortrag

des Reichstagsabgeordneten Dr. Philipp,
Mitglied des Bildungsausschusses.

Ausgehend von der Feststellung, daß in Deutschland politische und wirtschaftliche Kämpfe immer gleichzeitig mit geistigen Krisen vor sich gehen, stellt der Vortragende auf Grund eines geschichtlichen Überblickes fest, daß unsere heutige Lage der zu Beginn des 16. Jahrhunderts gleiche. Obwohl vielleicht Mangel geneigt sein würde, über den großen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen die kulturellen zu vergessen, so bildeten diese doch den letzten Untergrund alles revolutionären Geschehens in der Jetztzeit. Wir stehen in einer gewaltigen Weltensende, deren Vorbereitung schon seit einem halben Jahrhundert planmäßig durch die daran interessierten Mächte betrieben wird, die nur auf die günstige Konstellation gewartet hätten. Liberalismus und Materialismus, zwei über die Romantik zur Philosophie der Aufklärung zurück-

greifende Bewegungen bilden die beiden Säulen für den Sozialismus, der heute ganze Kreise des deutschen Volkes zum Kampfe gegen alles geschichtlich Gewordene in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einzieht. Diese Ablehnung aller Autorität mußte notwendiger Weise auch zur Ablehnung aller offiziellen Christentums führen, wofür der Redner Äußerungen von Liebknecht und Bebel als Beweis anführt. Trotz des programmatischen Satzes: „Religion ist Privatsache!“ löste nun die Revolution einen planmäßigen Kampf gegen die christliche Grundlage der deutschen Kultur aus. Rücksichtslos sozialistische „Kultur“-Politik trieben besonders die Kultusministerien, an deren Spitze Männer wie H. Hofmann und Feilner standen. Diese Willkürherrschaft beschwor eine Abwehrbewegung herauf, an der die Führung Sachsen übernahm. Der sächsische Notizrel erweckte Widerhall in ganz Deutschland. Bei den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung zeigte es sich, daß es hauptsächlich die Frauen waren, die die neuen sozialistischen Kulturträger ablehnten. Eine Aenderung der kulturpolitischen Zustände konnte nur vom Reich ausgehen, wo das Zentrum als starkes Gegengewicht gegen die Linksparteien in die Waagschale geworfen werden konnte. Eine Schwierigkeit bestand nur darin, daß das Reich kein Recht hatte, gesetzgebend in Kulturfragen einzugreifen. Für dieses Recht setzte sich hauptsächlich der Abgeordnete Dr. Kölsch ein. Auf eine Interpellation in der Nationalversammlung, bei der diese Frage akut wurde, erklärte der damalige Präsident des Reichsministeriums Scheibemann, die Regelung der Fragen von Kirche und Schule durch das Reich würde in einem ganz anderen Sinne erfolgen, als die Interpellanten sich bähnten. Ergebnis der Beratungen war der Schulkompromiß von Weimar (Artikel 146, 147, 149, 174 der Reichsverfassung). Artikel 174 bot die Handhabe zur Verhütung weiteren Unheils. Während in der neuen Verfassung die Trennung von Staat und Kirche mit aller Bestimmtheit und Klarheit ausgesprochen sei, wurde das Verhältnis von Staat und Schule nicht so eindeutig geregelt. Wohl wurde der sogenannten „Kirchenschule“ der Todesstoß verfehlt; die von der Linken geforderte Beseitigung des Religionsunterrichtes gelang indes nicht. Eine weitere Errungenschaft des Schulkompromisses bildete die verfassungsmäßige Anerkennung des sogenannten „Elternrechtes“. Das Elternrecht ist ein Naturrecht. Neben dem Recht der Eltern muß natürlich ein Recht der Allgemeinheit zur Mitbestimmung über die Kindererziehung anerkannt werden. Nachdem sich Staat und Kirche getrennt haben, geht indes der sachliche Inhalt der religiösen Kindererziehung über den Rahmen des Staatseinflusses hinaus. Der Staat hat nur die religiöse Erziehung überhaupt zu gewährleisten.

Als die Erwartung, die Anerkennung des Elternrechtes würde zu Schädigungen des christlichen Schulgedankens führen, sich als ein großer Irrtum erwies, versuchten die Linksparteien die Auswirkung des Elternrechtes auf dem Wege der Ländergesetzgebung zu verhindern. In der Erkenntnis, daß das Christentum doch stärker im deutschen Volke verankert ist, als es die Führer dachten, liegt der Grund für die Verschleppungstatistik hinsichtlich des Reichsschulgesetzes. Die vom alten Reichsschulgesetzentwurf als Regel vorgesehene Gemeinschaftsschule hatte etwas zu Zwitterhaftes an sich, daß sie uns nicht vorwärts bringen kann. Die beiden Hauptschularten werden demnach sein: Die Bekenntnisschule und die weltliche Schule. Für die Bekenntnisschule gilt: Unterricht im Geiste des Bekenntnisses! — Wenn die Schultrennung erfolgt ist, könnte sich nun ein gewisser Lehrermangel für die Bekenntnisschulen bemerkbar machen, weil entsprechender Nachwuchs fehlt. Nach erreichter Trennung muß deshalb nächste Aufgabe der christlichen Elternvereine sein, für diesen Nachwuchs zu sorgen. — Christliche Schulen müssen zugleich deutsche Schulen sein. Es wird nur möglich sein, die Bekenntnisschule zu sichern, wenn es gelingt, einen festen Rechtsblock zu schaffen, der sich gegen die politische Linke durchsetzt. Auf dem Wege von Volksbegehren und Volksentscheid sind die christlichen Massen mobil zu machen, damit das Unrecht, das die Revolution über die christliche Schule brachte, wieder gutgemacht wird!

Christliche Eltern an die Front!

Am Sonntag wurden die Festteilnehmer durch den Missions-Posaunenchor, der auf den Straßen der inneren Stadt Chordale lies, erfreut. Der Festgottesdienst in der vollbesetzten Trinitatiskirche wurde durch die Liturgie des Vikar Brunnemann und einer vom Kirchenchor vorgetragenen Motette ausgemacht. Der Festprediger, Pfarrer Friedrich in Niesa, mahnte ein-

bringlich an Hand von Jes. 45, 11 festzuhalten an der christlichen Erziehung in der Schule wie durch die Kirche, insbesondere den Kindererziehungsamt als geeignete Stätte ermahnen, als auch ganz besonders im Elternhaufe, und zwar, weil aus den Kindern Gottes Majestät den Erwachsenen entgegenleuchte. In vollkommener Weise zeigte er alle die Aufgaben der anhängigen Gemeinde. Anschließend hielt der Missions-Posaunenchor durch Vortrag von Chordalen auf dem Rosenplatz die Hausenden fest.

Den Abschluß der Tagung bildete der Gruß der Kinder an die Gäste, die in dem wiederum vollen Saale in einem von dem Elternvereinsvorsitzenden Bergmann geleiteten Kinderchor Chordale und geistliche Volkslieder vortrugen. Der Verbandsvorsitzende Dr. Herzig erinnerte in seinem Danke an die erste Tagung 1922 in Dresden, wo der von Lehrer Weise gegründete Kinderchor habendend diesen Zweig der Elternvereinsarbeit in das Land hinaustrug. Während Herr Müller aus Böhau Eltern und Kindern an Beispielen seiner Erlebnisse im Ausland den Wert treuer Arbeit darlegte, pries Herr Dr. Krebs, Leipzig, die Aufgabe des Lehrers als eine, die frühliches Christentum zu bewirken habe. Herzlichen Dank in humorvollen Worten sprach der Verbandsgeschäftsführer Geißler den Quartiergebern von Niesas aus, die an die 200 auswärtige Gäste beherbergt hatten. In dem Schlusswort wertete Herr Sup. Scherffig, Großenhain, die Arbeit der Elternvereine als einen Dienst auch an unserem deutschen Volke und stellte als Ziel die Durchdringung des gesamten Volkes mit christlichem Geiste auf, welches zu erreichen erst kommenden Generationen vorbehalten sein würde.

So nahm der Elterntag, auf dem in einer Presseausstellung die Pressearbeit des Verbandes, als auch besonders die Mitarbeit der Tagespresse an dem kulturellen, sittlichen und religiösen Aufbau unseres Volkes gezeigt wurde, einen ersten Verlauf und einen einseitigen Geiß aufweisenden Abschluß.

12. ordentliche Landesynode.

14. und 15. Sitzung am 29. und 30. September 1924.

Die Montagsitzung beschäftigte eine Anzahl von Gesuchen. Das Hauptinteresse nahm jedoch der Bericht des Syn. Kirchen-Bischöpswerda zur Frage der Kirchensteuer für die 2. Hälfte 1924 ein. Er berichtete folgendes: Die Befürchtung, daß für das Jahr 1923 eine neue Steuererhebung nicht durchgeführt werden würde, hat sich leider verwirklicht. Für das Jahr 1924 ist die Reichseinkommensteuer auf ganz neue Grundlagen gestellt worden. Es erfolgen für Industrie, Handel und Landwirtschaft Vorauszahlungen nach neuen Grundätzen. Da sich die Kirche für ihre Steuer auf eine Einschätzung des Jahres 1923 nicht stützen konnte, hat das Reich die Möglichkeit eingeräumt, die genannten Vorauszahlungen als feste Steuererhebung zugrunde zu legen und bei den übrigen Steuerzahlern Pauschbeträge festzustellen, die als veranlagte Einkommensteuern gelten. Für diese Pauschbeträge stellt das Reichsfinanzministerium die Lohn- und Gehaltsempfänger in zehn Klassen, die natürlich die verschiedenartigsten Einkommen in einer Klasse vereinigen. Gegen diese Erhebung sind beim Landeskonfistorium schwere Bedenken gekommen. Eine Einteilung in die zehn Gruppen muß außerordentlich hart und unsozial wirken (Beamtete der Besoldungsgruppen 10-12 in derselben Gruppe). Eine weitere Ungerechtigkeit besteht in der Einreihung nach den Anfangsgehältern. Die Eingruppierung sämtlicher Lohn- und Gehaltsempfänger hätte Anforderungen an die Kirchgemeinden gestellt, die die rechtzeitige Steuererhebung gehindert hätten und gewährte keinen Ueberblick über die Höhe des Steueraufkommens. Das Landeskonfistorium hat geglaubt, den Weg nicht gehen zu können und mußte darum auf die 1922-Einschätzung zurückgreifen. Dieser hatten bei der vollständigen Veranschlagung der Einkommenverhältnisse mancherlei Ungerechtigkeiten an. Auf Grund der in den Landesfinanzämtern gemachten Angaben ging das Konfistorium davon aus, daß mit einem Einkommensteuer-Soll von 45 Milliarden demnach für die Kirche bei einem Steuerfuß von 10 Goldpfennig mit rund 4 Millionen zu rechnen sei. Erst nachdem die Steuerverordnung erschienen war, stellte sich heraus, daß das Steuer-Soll des Staates 71 Milliarden betrage. Daher stellte das Landeskonfistorium für den 2. Termin eine Herabsetzung der Landeskirchensteuer in Aussicht. Inzwischen ergab sich die geradezu katastrophale Wirkung der auf der 1922er Steuererhebung beruhenden Kirchensteuer. Die inneren Ungerechtigkeiten waren krasser, als man im Kirchenregiment hatte ahnen können. Um die größten Ungerechtigkeiten einigermaßen auszugleichen, beabsichtigte das Konfistorium einen Generalerlaß auf das Dreifache der Januarkirchensteuer für den Landeskirchensteuer-Anteil vorzuschreiben. Einer Trennung dieses Teiles von der Ortskirchensteuer widersetzten sich jedoch die Landesfinanzämter. Der somit notwendige Erlaß der Gesamtkirchensteuer auf das Dreifache des Januarjahres brachte jedoch eine vollständige Zerrüttung der kirchlichen Finanzen insofern mit sich, als die große Zahl derer, die sich durch die bisherige Steuererhebung nicht beschwert gefühlt hatten, auf den Weg gewiesen wurden, sich unter zwei Steuerregimen das günstigere auszuwählen. Der Ertrag der hiernach eingehenden Steuern blieb etwa 50 v. H. hinter der erhofften Summe zurück. Gegenüber diesen unbillbaren Zuständen macht sich nun eine Entschlebung darüber notwendig, was geschehen soll, um für den 2. Termin 1924 einen wenigstens einigermaßen erträglichen Zustand zu schaffen. Grundätzlich ergeben sich drei Wege: Der erste Weg, sich hinsichtlich der Vorauszahlungssteuerpflichtigen diesen Vorauszahlungen anzuschließen, die Gehalts- und Lohnempfänger in die erwähnte 10 Steuergruppen einzuschließen, ist wegen Einspruches der Landesfinanzämter nicht gangbar.

Es war zweitens möglich, zur 1921er Einschätzung zurückzukehren. Diese ist wesentlich gerechter als die 1922er, da sie noch nicht so von der Inflation beeinflusst war, ergab auch einen guten Ueberblick über das Ergebnis der Steuer. Dagegen erhoben sich auch Bedenken, es wäre abermals eine neue Gruppe von Steuerzahlern verbittert worden. Auch das Finanzamt hatte hier nach anfänglichem Entgegenkommen wichtige technische Bedenken. Es verblieb daher nur der dritte Weg, der auch für den zweiten Termin auf der 1922er Einschätzung beruht. Steuerberechnungen sollen aber hier nicht ganz allgemein für Landes- und Ortskirchensteuer durch Herabsetzen auf das Dreifache der Januarkirchensteuer ausgeglichen werden, sondern jede Gemeinde beschließt, den Mindestsatz, auf den die Herabsetzung möglich ist, nach ihren eigenen Bedürfnissen, das Konfistorium für die Landeskirchensteuer. Der Wunsch des Landbundes, den Ertrag im Anschluß an die Vorauszahlungen nach dem Wehrbeitrag vorzuschreiben, hat sich bewegen als undurchführbar herausgestellt, weil dann Landwirte bis zu 20 Hektar kirchensteuerfrei bleiben würden, was für zahlreiche Landgemeinden undurchführbar war. Der Finanzausschuß verhehlte sich nicht, daß der eingeschlagene Weg nichts weniger als eine nach allen Richtungen befriedigende Lösung darstellt, sondern möchte ihn als das unter den obwaltenden Umständen geringste Uebel bezeichnen, da er zerräubernde Verhandlungen mit den Staatsbehörden spart und sofort die Weiterarbeit auf der bisherigen Grundlage ermöglicht. Hierzu gab Geheimrat Wittgen zwei kurze Bemerkungen. Seinerzeit sei angekündigt worden, daß 1924 eine neue Steuerveranlagung erfolgen solle. Darum habe man damals nicht für ein Jahr den mit sozialen Härten verbundenen Weg wählen wollen. Nachdem man für 1925 diesen Weg werde gehen müssen, sei zu hoffen, daß er sich nicht auf die Dauer verewigen werde.

Die Aussprache, an der sich die Syn. Kentsch, Krumbiegel, Vogel v. Frommannshausen, Varchewitz, Hickmann, Müller Gainsberg und Graefe beteiligten, ergab allseitige Zustimmung für den Berichterstatter, dessen Ausführungen der Allgemeinheit und insbesondere den Kirchenvertretern wirksam zu gänglich gemacht werden sollten. Man trat dem Antrage des Finanzausschusses einmütig bei.

Am Dienstag beschäftigte die Frauenfrage die Synode. Hering berichtete zunächst über ein Gesuch des Landesverbandes für christlichen Frauendienst. Es sollte die Kirchengemeindeordnung dahin geändert werden, daß unter den in die Kirchengemeindevertretung zu Berufenden wenigstens 2 Frauen seien. Der Berichterstatter hielt bei aller Berechtigung des Wunsches eine Änderung des Gesetzes für unzulässig. Weiter sollten alle Gemeinden zur Bildung von Frauenvereinigungen im neuzeitlichen Sinne aufgerufen werden und an der Lösung der sozialen Fragen mitarbeiten, womöglich durch Einstellung in der evangelisch-sozialen Frauenschule ausgebildeter Frauen. Dies sollte dem Kirchenregiment zur Ermägung der Ausbildung von Frauen als kirchliche Wohlfahrtspflegerinnen endlich als Material überwiesen werden. Der Ton warmer Würdigung der Frauenarbeit und ihrer innersten Bedeutung für das Leben der Kirche, den der Berichterstatter angeschlagen hatte, klang in der Aussprache weiter. Besondere Beachtung fanden die Ausführungen der beiden weiblichen Syn. Frä. Kühl und Frä. Focke. Die vorzügliche Ausbildung in der evangelisch-sozialen Frauenschule in Dresden wurde hervorgehoben.

Wohlwollend wurde auch das Gesuch einer Kandidatin der Theologie um die kirchliche Anstellung behandelt. Ueber den Wunsch der Kirchengemeinde Böbeln, die Superintendentur von Leisnig nach Böbeln zu verlegen, entspann sich eine Aussprache, in der grundsätzliche Fragen der Verwaltung der Superintendenturen angechnitten wurden.

Ein bedeutungsvoller Antrag Stange Schroeder, der sich mit den Wirkungen der 3. Steuernotverordnung befaßt, und Recht und Pflicht der Kirche für eine gerechte Regelung einzutreten betont, wird gegen nur eine Stimme angenommen. Da nach nimmt die Landessynode die ersten Bedenken auf, die aus der evangelischen Kirche heraus seit dem Erlaß der 3. Steuernotverordnung gegen deren verhängnisvolle Wirkungen auf dem Gebiete der Gerechtigkeit und des öffentlichen Rechtsbewußtseins laut geworden sind. Sie sieht vor allem in der fast völligen Entwertung der mündelsicheren Gelder und der sozialen Störungen und in der Entrechtung der wirtschaftlich schwachen Volksschichten eine schwere Ungerechtigkeit. Sie ersucht deshalb das Landeskonsistorium selbständig oder in Verbindung mit dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß bei der Reichsregierung wegen einer Abänderung der 3. Steuernotverordnung nachdrücklich vorfeldig zu werden. Präsident D. Böhme berichtet,

daß das Konsistorium sich schon im Mai in diesem Sinne an den Kirchenausschuß gewandt habe, zwar könne sich die Kirche nicht um die Einzelheiten der Regelung kümmern, sie müsse aber für die sittliche Seite mit ihren sozialen Fragen eintreten. — Für die nächsten Tage ist die Beratung der so wichtigen Konfirmationsfrage zu erwarten.

Der Generaldirektor der Reichsbahn.

Am Sonnabend fand die erste Sitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft statt, an der die von der Reichsregierung ernannten Mitglieder Geh. Kommerzienrat Arnhold, Wirkl. Geheimrat von Batocky, Professor Dr. Blum, Reichshauptmann Bud, Staatssekretär Fischer, Dr. von Hertel, Geh. Kommerzienrat Kildner, Generaldirektor Dr. Ott und Dr.-Ing. von Siemens, die vom Treuhänder ernannten Mitglieder Sir William Asworth, Staatssekretär a. D. Bergmann, Präsident Bianchini, Verwaltungsrat Jadot, Generaldirektor Margot, Erz. Dr. von Miller, Eisenbahndirektionspräsident a. D. Sarre und Staatssekretär a. D. Stieler teilnahmen. Präsident Münchmayer war am Erscheinen verhindert.

Im Auftrage des Organisationskomitees der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft begrüßte das Mitglied des Organisationskomitees Staatssekretär Bogt die Anwesenden und teilte die Ernennungen mit, die von den anwesenden Ernannten förmlich angenommen wurden. Als Alterspräsident übernahm Geheimrat Arnhold den Vorsitz der Versammlung, welche zum Präsidenten des Verwaltungsrates einstimmig Herrn Dr. Karl Friedrich von Siemens, zum ersten Vizepräsidenten den Staatssekretär Stieler und zum zweiten Vizepräsidenten Sir William Asworth wählte. Nach Erledigung weiterer Geschäftsformalitäten schritt man zur Wahl des Generaldirektors, die einstimmig auf den Reichsverkehrsminister und Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Herrn Desfer, fiel. Der Reichspräsident hat die Wahl bestätigt. Sitzungsgemäß wählte der Verwaltungsrat einen permanenten Ausschuß, der sich aus den Herren von Siemens, Stieler, Asworth, Bergmann, Fischer und Arnold zusammensetzt. Die nächste Sitzung wurde auf Mittwoch, den 1. Oktober festgelegt.

Bermischtes.

(Radfahrerkonferenz in Harem.) Eine lustige Geschichte von dem früheren Sultan von Marokko erzählt der Earl of Bath in seinem soeben erschienenen Erinnerungsbuch „Memoires of the Twentieth Century“. Der Sultan hatte einen englischen Offizier zum Oberbefehlshaber seiner Armee ernannt. Dieser, der verstorbenen Sir Harry Mac Bean, wurde aber von dem Volke sehr angefeindet, so daß ihn der Sultan durch einen eingeborenen Mohammedaner ersetzen mußte. Er wollte den General aber in seiner Umgebung behalten und es galt nun, einen neuen Posten für ihn zu finden. „Da kam der Sultan auf eine glückliche Idee“, erzählt Lord Bath. „Er war ein Liebhaber von allen Maschinen und interessierte sich damals besonders für Fabrikarbeiter. Nun ver sprach er sich viel Vergnügen davon, wenn die Damen seines Harems Radfahren lernen würden und er zusehen könnte, wie sie vor Angst schrien und herunterfielen. Er ernannte daher den früheren Oberbefehlshaber sel-

ner Streitkräfte zum Radfahrlehrer der Haremsdamen. Er übergab ihm ein Tandemrad und befaß ihn, rund um den Hof des Harems herumzufahren, immer mit einer Haremsdame hinter sich, während er selbst auf einem nach dem Hof gehenden Fenster seines Palastes zuschaute. Der edle General soll von diesem Amt nicht sehr erbaut gewesen sein, denn er sagte, er hätte lieber an der Spitze der marokkanischen Truppen in einer schweren Schlacht gestanden, als mit den wohlbeleibten, scheidlich ängstlichen und schreitenden Haremsdamen zu tun zu haben, die sich hinter ihm auf dem Rade sehr aufgeregt gebärdeten und ihn öfters mit seiner Last zu Fall brachten.

(Sturm auf die Diamantenfelder.) Eine ebenso groteske wie bezeichnende Szene, wie man sie seit langer Zeit nicht mehr gesehen hatte, entrollte sich kürzlich in Zeeloefontein an den Ufern des Baalstroms in Südafrika. Ein gewisser Tromp, der Besitzer einer Farm, hatte auf einem seiner Felder vor einigen Wochen Diamanten gefunden, und durch die Bearbeitung der Diamantenerde bereits einen Wochen gewinn von zwei- bis dreitausend Pfund Sterling erzielt. Nun bestimmte das Gesetz, daß, wenn einer auf seinem Besitz diamantenhaltige Erde antrifft, das Publikum das Recht hat, auf dem anstoßenden Gelände nach Diamanten zu graben. Jeder Sucher rüßte sich dann mit einem kleinen Eisenspaten aus, mit der er ein von ihm erwähltes Stückchen Erde bearbeitete. Infolgedessen versammelten sich kürzlich über 3000 Menschen jeden Alters und Standes in der Nähe der Trompschen Farm. Es befanden sich in der Menge Angehörige, Studenten, berufsmäßige Minensucher und Farmer, alle ausgerüstet mit dem unvermeidlichen Eisenspaten. Sie standen in langen Reihen zwischen den Fahnen, die das freigegebene Gelände markierten. Um 11 Uhr vormittags wurde die Proklamation der Regierung, die zu der Diamantensuche ermächtigte, verlesen. Unmittelbar nach dem die Freigabe verkündenden Pistolenschuß, der das Signal für den Beginn der Jagd nach dem Glück gab, entwickelte sich ein wahres Wettrennen der Glücksucher, um möglichst rasch anzukommen. Die jüngsten Teilnehmer des Rennens waren nur mit einem Badeanzug bekleidet. Unter wüstem Geschrei, Flüchen und Stöhnen begann ein wilder Wettkampf, bei dem viele erschöpft zu Boden fielen und überannt wurden. Diejenigen, die das Glück hatten, das gelobte Land zu erreichen, begannen sofort eifrig mit der Schachtarbeit, bei der bei öfteren die Polizei einschreiten mußte, um Blutvergießen zu verhüten.

Nur für Inserate.

die bis 10 Uhr vormittags aufgegeben worden sind (größere Inserate erbitten tags zuvor), übernehmen wir die Garantie des Erscheinens an dem Zeitungstage.

Die Geschäftsstelle des Pulsnitzer Wochenblattes

Volksbücherei Pulsnitz.

Diese Woche wie immer Donnerstag und Freitag 6-7 Uhr geöffnet. Nächste Woche nur Freitag geöffnet.

Prinzeß Rottraut.

Ein Märchen aus dem 20. Jahrhundert. Roman von L. von Rohrscheid.

18) (Nachdruck verboten.) Ein blaues Felddach schloß, nach Art der venezianischen Gondeln, vor den Sonnenstrahlen.

Georg fuhr bis auf die Mitte des Sees, dort zog er, ihrem Wunsche folgend, die Ruder ein und ließ das Fahrzeug treiben. Prinzeß Rottraut sah ihm gegenüber, den Arm um die Beltstange geschlungen. Ein weiches, duftiges Kleid umschloß ihre schlankte Gestalt, die noch nicht die unbenutzte Grazie des Kindesalters abgestreift hatte; ein närmliches Lächeln spielte um ihre Lippen.

Der Waldeszauber umspann beide junge, heiß schlagen den Menschenherzen. Tiefes Schweigen um sie her. Mit leisem Glucksen schlug das durchsichtig grüne Wasser an den Rand des Bootes, ein silber-schimmerndes Fischlein sprang manchmal hoch und gleich wieder zurück in sein kühles Element. Das zärtliche Gurken einer Holztaube erklang aus den Baumkronen und die Buntspechte häckten an den Rinden. Sonst Schweigen. Die Sonne malte zitternde Lichter durch das Blättergeräusch auf den grün schwellenden Moosteppich. Die lüppig wuchernden Farne, das Riedgras und das Schilf an den Uferändern beugten sich zueinander, als wenn sie sich das alte Märchen von Lieb und Treue, von der schönen Waldsee und dem Ritter, der in ihren Zauberbann geriet, zuflüstern wollten.

Mit leiser, verlockend klingender Stimme summte Prinzeß Rottraut ihr Lieblingslied. Georg verwandte keinen Blick von ihr, deren groß aufgeschlagene, glänzende Augen die seinen magnetisch festhielten:

„Was siehst du mich an so munniglich. Wenn du den Mut hast, so küsse mich!“

„Wenn du den Mut hast, so küsse mich!“ wiederholte sie noch einmal halblaut, bedeutungsvoll.

Jeder Ton ließ das Blut in seinen Adern schneller kreisen: „Prinzessin, liebe, läche Rottraut,“ murmelte er leidenschaftlich abgedroschen...

Was dann weiter geschah? Sein Gedächtnis wies eine Lücke; das Flüstern des Sees, das Rauschen der Bäume, Vogelgesang und Sonnenschein, alles vereinte sich, um mit hinemzuklingen in das hohe Lied der Liebe. Sie lag an seinem Herzen, das so sehnsüchtig nach ihr verlangte:

„Georg, weshalb sagst du es mir nicht, daß du mich liebst? Ich weiß es doch längst.“

„Hast du es erahnt, Zauberin, was ich so fest in mich zu verankern glaubte? Ja, ich liebe dich, du Ellenkind, meine Herzenskönigin, ich werde dich in alle Ewigkeit lieben.“

Er beugte ihr Gesicht zurück und bedeckte die weichen, blühenden Wangen, die verlangend geöffneten, roten Lippen mit heißen Küßen.

Sie schlug die Arme um seinen Hals, der Nacken schwankte bedenklich, sie merkten es kaum, aber der holde Rausch, der seine Sinne gefangen nahm, wurde leichter, ein heißer Schreck durchzuckte ihn: Wie schlecht lohnte er das in ihm gesetzte Vertrauen, mißbrauchte seine Freundschaft! Sankt löste er ihre ihn umschlingenden weichen Arme und befestigte die Ankerkette an einen vorstehenden Pfahl, damit das Boot nicht umschlage: „Ich komme aus dem Himmel auf die Erde zurück, Vergebung, Prinzessin! Wie ich mir selbst jemals vergeben soll, weiß ich nicht.“

„Wofür brauchen wir Vergebung? Das wir uns lieben? Liebe und Jugend sind heilige Rechte. Daß wir es uns endlich gestanden haben und der qualvollen Spannung zwischen uns ein Ende machen, ist auch unser Recht. Nicht einen Tag länger durften wir unser Glück verzögern. Ist es nicht ein überwältigendes Glück, daß wir uns so gelunden haben? Ich lebte wie ein armes, seelenloses Ungehindertes dahin. Deine Liebe hat mir eine Seele verliehen.“ Sie schlang beide Hände um die seine. „So halte ich dich, Georg, und niemand soll mir dich entreißen.“

„Ach, daß Du ein Fräulein bist, wie oft habe ich das schon beklagt! Würst Du das ärmste Mädchen aus dem Volke, ich wäre glücklich, Dich zu erringen.“

Sie schmeigte sich zärtlich an ihn und verlangte, daß er wieder seinen Arm um sie lege. Sie saßen beide eng nebeneinander auf dem schmalen Bänkechen der Gondel.

„Mir ist es aber sehr lieb, daß ich kein armes Mädchen aus dem Volke bin und Dir natürlich auch?“

„Was soll aber geschehen, Prinzessin?“

„Das überlasse nur Deiner Rottraut. Wordlustig müssen wir unser Glück noch verschweigen, es ist ja so himmlisch, sich heimlich suchen und finden, wenn niemand etwas von der verschwiegenen Liebe ahnt. Ungeübtes Beisammensein werde ich schon verschaffen.“ „Du hast heute gesehen, wie schlau ich es anfang.“

„Das ist doch kein Hof. Eine Einkebelelei im Walde.“

„Ja muß meine Liebe die eine Vermessenheit ist, frei bekennen; es wäre eine längere Verheimlichung ein zu großer Vertrauensbruch dem Erbprinzen gegenüber, den ich Freund nennen darf.“

„Bernhard hat auch ein Geheimnis vor Dir, sogar ein recht ähnliches, er wird uns verstehen. Ich will nichts verraten. Die Folge Deines Bekenntnisses wäre natürlich, daß Du fort müßtest und ich hier allein für unser Glück kämpfen müßte. Das will ich nicht! Ich habe mir den einen freien, kurzen Sommer schwer genug erungen. Auch nicht einen einzigen glücklichen Tag lag ich mir rauben.“

„Prinzessin!“

„Bin ich nicht mehr für Dich?“

„Gedulde Rottraut, eine Frage muß Du mir aufrichtig beantworten; Deine süße berauschende Liebe gibt mir das Recht zu der Bitte: Was ist wahr an dem Gerücht, daß Du den Thronfolger unseres Nachbarrreiches heiraten sollst?“

„Galt sind mir einig. Er will und ich will nicht.“

„Hast Du das klar und deutlich ausgesprochen?“

„Steh nicht so ernsthaft aus.“ Schmettelnd strich sie über seine Stirn. „Schon mehrmals habe ich es beteuert, aber der Mann will nicht hören.“

„Das begreife ich nur zu gut.“

„Kurz, bevor Du kamst, wurde er sehr dringlich, aber ich erwiderte noch eine Bedenkzeit von drei Monaten. Gütte ich Dich nicht kennen gelernt, mein Georg, so würde ich nach Ablauf der Frist wahrscheinlich eingewilligt haben. Der Gedanke an die großen Verhältnisse, an die Macht in meinen Händen, hat etwas verlockendes, hier ist mir alles zu eng, zu beschränkt, zu weislos. Vor der Heirat ohne Liebe graute mir allerdings. Jetzt aber gibt es für mich keinen Zweifel mehr: Ich liebe Dich! Ich liebe Dich! Niemals will ich einem anderen Mann gehdren. Wenn die Galgenfrist um ist, sage ich kurz und deutlich: „Nein, königliche Hoheit, ich kann nicht, ich habe schon gewählt.“ Dann entbullen wir unser Geheimnis und tief beleidigt entschwindet die künftige Majestät für immer aus meinem Gesichtskreis. Papa und Bernhard werden froh sein, wenn sie den Trost kopf dann immer unter meinem Schutz geborgen wissen.“

„Willst Du eine so glänzende Zukunft wirklich für mich aufgeben? Ich kann es kaum lassen! Wirkst Du nicht später Reue empfinden, eine Krönungskrone hingeworfen zu haben, um mein einfaches Leben zu teilen?“

(Fortsetzung folgt.)